

Wittgensteiner Zeitung

ersch. täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Abonnement: Kreis-Spartasse Caasphe Nr. 89. Harburger Bank e. G. m. b. H. Niederl. Caasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Caasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg. Retikolen: 1 mm hoch 90 mm breit 30 Pfg. Postfach Nr. 4440 Wittgenstein

Nummer 271

Kernschreiber Nr. 1

Caasphe, Donnerstag den 20. November 1930

5. Jahrgang

Der neueste Reichsbankausweis.

Die Kapitalanlage der Reichsbank hat sich vermindert. — Starker Rückgang der Reichsbanknoten. — Weitere Abnahme der Gold- aber Zunahme der Devisenbestände.

Die Reichsbank im November.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. November hat sich in der zweiten Novemberwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 516,9 Millionen auf 1865,7 Mill. Rmk. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 469,2 Mill. auf 1664,5 Mill. Rmk., die Bestände an Reichsbankwechseln um 44,8 Mill. auf 0,3 Mill. Rmk. und die Lombardbestände um 2,8 Mill. auf 98,4 Mill. Rmk. abgenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 246,1 Mill. Rmk. in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 242,1 Mill. auf 4130,8 Mill. Rmk. verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 44,1 Mill. Rmk. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 281,7 Mill. Rmk. eine Abnahme um 31,9 Mill. Rmk.

Die Gold- und Devisenbestände.

Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 266,5 Mill. auf 2665,7 Mill. Rmk. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,2 Mill. auf 2179,8 Mill. Rmk. abgenommen, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 266,7 Mill. auf 485,9 Mill. Rmk. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49,9 Prozent in der Vorwoche auf 52,8 Prozent, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 54,9 auf 64,5 Prozent.

Dr. Scholz von der Zeitung der Deutschen Volkspartei zurückgetreten.

Er empfiehlt Dingeldey als Nachfolger.

Wie wir erfahren, ist Dr. Scholz nunmehr von dem Amt des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und dem des Fraktionsführers zurückgetreten. Die Abgeordneten Dingeldey und Dauch, die bekanntlich in den letzten Tagen bei Dr. Scholz in Locarno weilten, haben den Rücktrittsentwurf nicht umzufließen vermocht. Der Hauptgrund des Rücktritts liegt in dem Gesundheitszustand des bisherigen Parteiführers, der sich in der letzten Zeit weiter verschlechterte. Bekanntlich ist Dr. Scholz vor einem Jahre wegen eines schweren Darmleidens operiert worden. Dieses hat sich jetzt erneut eingestellt. Dr. Scholz hat deshalb in einem Brief mitgeteilt, daß er seine Ämter in der Parteiführung niederlegen müsse. Er fügte hinzu, daß der Entschluß ihm erleichtert werde, weil die Partei bei ihren letzten Tagungen eine vollkommene Gesundheit erreicht habe und er seinen Freund Dingeldey als einen geeigneten Nachfolger empfehlen könne. In Kreisen der Deutschen Volkspartei rechnet man nun damit, daß der Zentralvorstand, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin tagt, den Abgeordneten Dingeldey an die Stelle von Dr. Scholz wählen wird.

Wechsel im französischen Ministerium.

Statt Pétet Chéron Justizminister.

Justizminister Raoul Pétet hat Ministerpräsident Lardieu seine Demission als Justizminister unterbreitet. Lardieu hat sich darauf ins Elysée begeben und den Präsidenten der Republik davon in Kenntnis gesetzt. Ministerpräsident Lardieu hat Senator Chéron das Portfeuille des Justizministeriums angeboten. Dieser hat das Angebot angenommen.

Um die Dienstpflicht in Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für Poincaré.

Die französische Kammer hat die Generaldiskussion des Parlamentarismus über die wirtschaftliche Ausrichtung des Landes beendet, der seit über einem Jahr dem Parlament vorliegt. Am Schluß der Nachmittagsitzung kam es zu einer Debatte über die von sozialistischer Seite gemachte Anregung, diejenen Soldaten, die eigentlich zu dem letzten Kontingent gehören, das 18 Monate Dienstzeit absolvieren muß und die zur Zeit 12 Monate Dienstzeit hinter sich haben, bereits jetzt zu entlassen, so daß auch ihnen die neu eingeführte einjährige Dienstzeit zugute kommt. Der Seereschiffbau hat sich gegen diesen Antrag gewandt.

Der radikale Abgeordnete Daladier sprach dann noch für den sozialistischen Antrag Chauvot auf Entlassung des fraglichen Kontingents und erklärte, die Landesverteidigung würde dadurch keineswegs gefährdet werden.

Nichtsbeweglicher stellte Ministerpräsident Lardieu für Abschaffung des sozialistischen Antrages die Vertrauensfrage, worauf sich die Kammer mit 318 gegen 248 Stimmen der Ansicht der Regierung anschloß. Das betreffende Kontingent muß also seine 18 Monate Dienstzeit voll absolvieren.

Deutschlands koloniale Forderungen

Von Gouverneur z. D. Dr. Heinrich Schnee.

Der nachstehende Artikel, der den letzten Gouverneur von Deutsch-Ostafrika zum Verfasser hat, ist veranlaßt durch die große Berliner Protestkundgebung gegen die geplante Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das britische Kolonialreich. Die Kundgebung findet am 20. November statt.

Ein gewaltiges Kolonialreich von mehr als der sechsfachen Größe des gegenwärtigen Deutschen Reiches ist uns geraubt worden! Wo finden wir Ersatz für diese Länder? Die Welt ist aufgeteilt. Es gibt keinen Ersatz. Deshalb müssen wir auf der Forderung nach Rückgabe unserer eigenen Kolonien bestehen, die uns nur unter Vertragsbruch und unter falschen Vorwänden geraubt sind.

Die Rheinlande sind frei. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, in dem wir mit aller Energie auch unsere kolonialen Forderungen geltend machen müssen. Es ist das dringende Gebot der Gegenwart, daß das deutsche Volk wieder seinen Anteil an überseeischer Kolonisation erhält.

Was aber spielt sich gegenwärtig vor unseren Augen ab? Wir müssen mit Erschauern und Enttäuschung sehen, wie das überfüllte England, das schon den 4. Teil der Erde und den 4. Teil ihrer Bevölkerung unter seine Herrschaft gebracht hat, Anstalten macht, die ihm zu treuen Händen vom Völkerbund als Mandat anvertraute größte deutsche Kolonie gleichfalls zu schließen. Der konservative Kolonialminister Amery hatte seinerzeit zu dem durchsichtigen Zweck, die Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich vorzubereiten, erst die Hilton-Young-Kommission, dann den Unterstaatssekretär im Kolonialamt Wilson nach Ostafrika geschickt. Die konservative Regierung trat ab, die Arbeiterregierung MacDonalds folgte.

Es gab Leute, die glaubten, daß nunmehr die Minister der Arbeiterpartei den Worten, die sie als Abgeordnete im Kampf gegen den umschweifenden Imperialismus ihrer konservativen Vorgänger gebrauchten, auch entsprechende Taten folgen lassen würden. Eines der bedeutendsten Kabinettsmitglieder, der jetzige Schatzkanzler, damalige Abgeordnete, Snowden, hatte im Juli 1926 einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift „Gibt Deutschland seine Kolonien“, der durch die Weltpresse ging. Darin war . . . überzeugenden Gründen dargelegt, daß es im Interesse des Weltfriedens und der Verständigung zwischen den Nationen unbedingt notwendig sei, Deutschlands Anspruch auf Kolonialmandate zu befriedigen.

Aber leider brachten die Handlungen des englischen Arbeiterkabinetts bittere Enttäuschungen. Man hat bisher nichts von Rückgabe des Kolonialbesitzes, nichts von Übertragung von Kolonialmandaten auf Deutschland gehört. Die Vorschläge des konservativen Zeitungsmagnaten Lord Rothemann, die auf Rückgabe der deutschen Kolonien mit Ausnahme von

Südwestafrika gerichtet waren, haben kein Echo in den amtlichen englischen Kreisen gefunden. Im Gegenteil, die englische Arbeiterregierung hat eine Vorlage gemacht, die erkennen läßt, daß sie auch ihrerseits darauf ausgeht, die Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich herbeizuführen. Sie hat ein Weißbuch veröffentlicht und einer parlamentarischen Kommission vorgelegt, in dem die Zusammenlegung des ostafrikanischen Mandatsgebiets mit den angrenzenden englischen Kolonien Kenia und Uganda unter einem englischen Oberkommissar vorgeschlagen wird.

Die Durchführung der Vorschläge des englischen Weißbuchs würde praktisch die Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich bedeuten, ohne daß irgendeine Aussicht bestünde, das deutsche Mandatsgebiet einmal wieder aus dem britischen Imperium herauszunehmen. England hat kein Recht zu diesem Vorgehen. Es hat als Mandatar nach der Völkerbundsatzung nur die Rechte eines Vormundes. Es hat die Verwaltung als Mandatar des Völkerbundes in seinem Namen und unter seiner Aufsicht zu führen. Es hat keineswegs das Recht, ein ihm zu treuen Händen anvertrautes Land von der doppelten Größe Deutschlands und von noch unerschöpflichen Möglichkeiten einfach in die eigene Tasche zu stecken.

Deutsches Recht, deutsche Lebensinteressen sind bedroht! Hervorragende Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens haben sich zusammengefunden, um das deutsche Volk dagegen zum Protest aufzurufen. Eine von den Führern fast sämtlicher großer Wirtschaftsverbände unterzeichnete Erklärung protestiert in entschiedener Weise gegen die Verletzung der wenigen kolonialen Rechte, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag und als Mitglied des Völkerbundes verbleiben sind, protestiert gegen die Aufhebung des Mandatsystems in Bezug auf das größte afrikanische Mandatsgebiet, protestiert gegen die jedem Recht widerstrebende tatsächliche Annexion. Deutsch-Ostafrika durch die von England beabsichtigte Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich. Das deutsche Volk wird aufgerufen, sich diesem Protest durch entsprechende Kundgebungen in Berlin und in anderen Städten anzuschließen.

Am 20. November findet eine große Protestkundgebung im Sitzungssaal des ehemaligen preussischen Herrenhauses statt. Das deutsche Volk bringt damit zum Ausdruck, daß es nicht gelassen ist, schweigend zu dulden, daß sein Recht zu Füßen getreten wird. Es wehrt sich dagegen, daß England unter fabelhaften Vorwänden nachträglich Deutsch-Ostafrika als Kriegsbeute verschluckt und damit eine weitere Ausdehnung seiner kolonialen Weltbeherrschung erreicht, die es bei Kriegsende offen nicht hätte durchsetzen können. Das deutsche Volk verlangt von seinen Führern, daß sie das Mögliche tun, um das deutsche Recht zu wahren.

Der Reichsetat für 1931.

In den Reichsratsausschüssen.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers verabschiedeten die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats in der zweiten Lesung das Haushaltsabwärtungs- und den Haushaltsplan 1931. Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Ueberweisungen um 100 Millionen M., die im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden vorgesehen ist, einen Ausgleich zu gewähren. Für einen Betrag von 50 Millionen Rmk. werden ihnen im Reichsbesitz befindliche Reichsbahnvorsatzaktien übereignet. Die Tragung der restlichen 50 Millionen Rmk. soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgesehene sechsprozentige Gehaltskürzung der Beamten schon mit dem 1. Februar 1931 beginnen und dementsprechend mit dem 31. Januar 1934 außer Kraft treten soll. Am 1. Februar wird die Reichshilfe der Beamten auf die Gehaltskürzung der Beamten angerechnet.

In den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats sind die von Preußen zum Wehretat gestellten Änderungs- und Kürzungsanträge gegen die preussischen Stimmen abgelehnt worden.

Das Steuervereinfachungsgesetz.

Die Reichsratsausschüsse berieten am Dienstag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit der führenden Ländervertreter das Steuervereinfachungsgesetz. Nachdem der preussische Ministerialdirektor Dr. Hög als Berichterstatter gesprochen hatte, wurde die Generaldebatte durch Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held eröffnet. Dem bayerischen Ministerpräsidenten antwortete sofort Reichsfinanzminister Dietrich.

Wie das Nachrichtenbüro des Wbz. zu den Reichsratsverhandlungen noch hört, kam es über das Steuervereinfachungsgesetz zu einer außerordentlich lebhaften Auseinandersetzung. Das Vereinfachungsgesetz, das durch Vereinfachung kleiner Steuern, Befreiungen, deren Erträge mit den Verwaltungskosten in keinem Einklang steht, bestimmte Mindereinnahmen ergibt, insbesondere auch durch die vorgesehene Vereinfachung der Agrar- und Real-

steuern, sollte nach dem Wunsch des Reichsfinanzministers ohne Ausgleich der geringeren Einnahmen für die Länder verabschiedet werden.

Es war sogar geplant, den Reichsanteil an den zu erwartenden Mindereinnahmen bei den Länderüberweisungen abzugreifen. Der Reichsfinanzminister empfahl den Ländern, diesen Ausfall vor allem auf dem Gebiete einiger Verbrauchssteuern, etwa der Bier- oder Geträntesteuer, hereinzuholen. Hiergegen wandte sich vor allem der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, worauf der Reichsfinanzminister andere Kompromissvorschläge machte.

Die vereinigten Ausschüsse führten am Dienstag nachmittag die allgemeine Aussprache über das Steuervereinfachungsgesetz zu Ende. An der Dienstag-Sitzung der Ausschüsse nahmen außer dem Finanzminister wieder Reichskanzler Dr. Brüning und ferner Reichsernährungsminister Schiele teil.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm auch einen Bericht über die Unterredung entgegen, die die sozialdemokratischen Reichstags-Fraktionsführer mit dem Reichskanzler gehabt haben. Der Reichskanzler soll dabei zum Ausdruck gebracht haben, daß er mit gewissen Änderungen der Notverordnung sich einverstanden erklären könnte, soweit dies den Sinn und das Ziel des Regierungsprogramms nicht beeinträchtigt. Wie das Wbz-Büro weiter hört, werden die Sozialdemokraten vor allem versuchen, die Bürgerabgabe (Kopfsteuer) aus dem Programm zu Fall zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, so wollen die Sozialdemokraten wenigstens eine Staffelung dieser Abgabe gefordert haben.

Ein Interview Severings.

Die Regierung Herr der Lage.

Minister Severing erklärte einem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“, er sehe gegenwärtig keine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Tatsächlich seien in letzter Zeit von kommunistischer Seite mehrfach Veruche gemacht worden, Unruhen zu erregen. Der tatsächliche Plan scheint zu sein, an mehreren Stellen die Flammen zu schüren, die sich dann über das Land verbreiten sollen. Bisher aber sei es

immer gelungen, alle diese lokalen Brandstiftungsversuche zu ersticken, und er sei überzeugt, daß dies auch weiterhin gelingen werde. Berlin werde selbstverständlich besonders aufmerksam beobachtet. Hier sei ständig eine beträchtliche Polizeimacht konzentriert. Sie sei so beweglich organisiert, daß in kürzester Zeit starke Polizeikräfte an jeden bedrohlichen Punkt entsandt werden können. Natürlich dürfe man sich nicht auf die Abwehr beschränken. Das Uebel müsse an der Wurzel gefaßt werden, und die Wurzel ist die Arbeitslosigkeit.

Ueber die Nationalsozialisten äußerte Minister Severing, gerade der Wahlerfolg habe ihre Putschspielerei gedämpft. Außerdem seien sie durchaus nicht so einheitlich, so geschlossen, wie eine Partei sein müsse, die es unternehmen wolle, die Verfassung umzuklopfen und eine Diktatur aufzurichten. Die Regierung sei auf alle Eventualitäten gefaßt und für alle Fälle gerüstet. Wer einen gewaltsamen Umsturz versuchen wolle, der werde die entsprechende Abwehr zu spüren bekommen. Alle staatlichen Behörden werden ohne Nervosität, aber mit rücksichtsloser Entschlossenheit allen Versuchen dieser Art entgegenzutreten.

Die Flottenabrüstungsfragen.

Eine italienische Denkschrift.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will erfahren haben, daß die italienische Delegation bei der vorbereitenden Abrüstungskommission den anderen Delegationen eine Denkschrift zugestellt habe, die zwei wichtige Forderungen des Standpunktes enthalte, den die italienische Delegation auf der Londoner Flottenabrustungskonferenz eingenommen habe. Diese Punkte sind, dem Korrespondenten zufolge, erstens: Italien unterstützt jetzt den amerikanischen Standpunkt, der dahin geht, daß der höchst zulässige Tonnengehalt von Großkampfschiffen nicht unter die Washingtoner Zahl von 35 000 Tonnen herabgesetzt werden soll. Zweitens: Italien unterstützt den britischen Standpunkt in der Frage der strengen Begrenzung der Tonnage von Hilfsfahrzeugen (Schlepper, Flottenführer, Hilfsfahrzeuge) nach Kategorien.

Der Korrespondent schreibt dazu: Der italienische Standpunkt ist von besonderem Interesse in einem Augenblick, wo Frankreich von neuem seine Absicht erklärt, drei Schlachtschiffe von je 23 000 Tonnen auf Stapel zu legen zum Schutz gegen den deutschen „Ersatz Preußen“. Die Franzosen sind der Meinung, daß Italien wünsche, die geplanten französischen Schlachtschiffe zu übertreffen und die italienischen mit 13 500 Tonnellen zu versehen, während die Franzosen solche nur von 13 4 Tonnellen haben sollen.

Siegerwalds Heimkehr.

Das Ergebnis der Londoner Besprechungen.

Der Reichsarbeitsminister Siegerwald ist von London nach Berlin zurückgekehrt. Der Minister hat noch in London an Vertreter der deutschen Presse über das Ergebnis seiner Besprechungen Mitteilungen gemacht. Er sagte u. a.: Bei der ersten Aussprache im englischen Arbeitsministerium sei eine Reihe von Schwierigkeiten erörtert worden, die sich in beiden Ländern aus der Durchführung des Washingtoner Abkommens ergaben. Seitens der beiden Regierungen sei eine weitere Untersuchung dieser Schwierigkeiten zum Zwecke der Aufklärung der beiden Regierungen festgestellt worden. Ferner seien Verhandlungen geführt worden, die in das Gebiet der Schifffahrt fielen. Bei den ersten Problemen: Gewichtsbegrenzung schwerer Frachtschiffe und Fragen betreffend die Lage der Hafenarbeiter sei weitgehende Übereinstimmung in den Auffassungen der beiden Regierungen festgestellt worden. — Die Besprechungen würden in kurzem in Hamburg fortgesetzt werden.

Die Erörterungen im englischen Bergbauministerium bezögen sich auf eine Reihe von Fragen, die für die im nächsten Sommer im Gange stehenden Arbeitskonventionsverhandlungen über das Arbeitszeitabkommen im Kohlenbergbau wichtig seien. Die Verhandlungen hätten auch hier zu einer Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen geführt. Im Anschluß an diese Besprechungen hätten sich die Regierungsvertreter in unverbindlicher Form über die wirtschaftliche Seite der internationalen Kohlenfrage unterhalten.

Neue Unruhen in Indien.

Verhaftungen in Allahabad.

Wie aus Patna gemeldet wird, wurde die Polizei, als sie in Muzaffarpur (Britisch-Bengalen) einen verbotenen Umzug zu sprengen suchte, von einer 3000köpfigen Menschenmenge angegriffen. Da hierbei mehrere Polizisten verletzt wurden, sah sich die Polizei gezwungen, zu feuern. Drei der Manifestanten wurden verwundet, 27 Personen verhaftet. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

In Allahabad wurden wegen Zugehörigkeit zu einer für ungesetzlich erklärten Vereinigung zwei Personen verhaftet, darunter die Frau eines Spinnereibefizers und Millionärs.

Von chinesischen Räubern beschossen.

Wie das amerikanische Marinedepartement bekanntgibt, wurde das amerikanische Kanonenboot „Tuhila“ auf dem Yangtze zweimal von chinesischen Räubern beschossen. Die Geschosse und Maschinengewehre des Kanonenbootes beantworteten das Feuer und brachten es zum Schweigen. Am Vortage war bereits auf ein anderes amerikanisches Kanonenboot geschossen worden. In beiden Fällen gab es aber keine Verletzten an Bord.

Politische Tageschau

Thüringen beschwert sich bei Brüning über Wirth. Der thüringische Ministerpräsident Baum wird im Laufe dieser Woche nach Berlin kommen, um mit Reichskanzler Dr. Brüning den Konflikt zwischen dem Reichsinnenministerium und der thüringischen Regierung zu besprechen. Baum beabsichtigt über das Vorgehen des Reichsinnenministers Beschwerde zu führen.

Rechenverband beantragt Verbindlichkeitsklärung. Nachdem die Arbeitnehmerorganisationen den Arbeitszeitstreik für den Ruhrbergbau vom 12. November abgelehnt haben, hat jetzt der Rechenverband den Schiedsspruch angenommen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Schlichter Professor Wahn ist gebeten worden, die Angelegenheit dem Reichsarbeitsministerium anzuleiten.

Die Mandatskommission und die englischen Afrika-pläne.

Die Mandatskommission des Völkerbundes hat sich mit der Frage befaßt, ob sie sich mit dem britischen Weißbuch über die bekannten Ostafrikapläne Englands auf ihrer jetzigen Tagung beschäftigen soll. Die Kommission hat diese Frage verneint und nach vorausgegangenem Meinungsaustausch den Beschluß gefaßt, die Erörterungen dieser Fragen bis zu dem Augenblick zu vertagen, wo die Mandatsmacht ihr den Wortlaut ihrer Entscheidungen gemäß der vor dem Rat am 6. September 1929 eingegangenen Verpflichtung mitgeteilt habe. Die Mandatskommission ist, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß das Weißbuch der britischen Regierung noch nicht die Entscheidung sei, die der Mandatskommission am 6. September 1929 durch den britischen Außenminister Henderson in Aussicht gestellt worden ist.

Verlängerung des Zündholzmonopols in Polen. Wie von polnischer Seite amtlich mitgeteilt wird, wurde zwischen dem polnischen Finanzministerium und der Gesellschaft für die Ausnützung des Zündholzmonopols in Polen und der Ebensta Landbittels Aktie Volaget als Garantie für die polnische Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen, wonach das Zündholzmonopol für die Zündholzherzeugung um 20 Jahre bis zum Jahre 1965 verlängert wird. Im Zusammenhang damit wird die schwebende Gesellschaft eine neue 64prozentige Anleihe im Betrage von 32 400 000 Dollar zum Emissionskurs von 93 Prozent gewährt. Der Vertrag wird nach Bestätigung durch die gesetzlichen Körperschaften in Kraft treten.

Anläßlich der 12. Wiederkehr des Jahrestages des Einzugs der französischen Truppen in Straßburg wird sich Poincaré am Samstag nach Straßburg begeben und dort bei der Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der Freunde der Universität den Vorsitz führen. Poincaré wird nach dem „Matin“ keine Rede halten.

Der Führer der Mandschu-Truppen, Marshall Tschang Tsü-liang, der sich gegenwärtig in Nanjing befindet, hat, wie uns aus Schanghai gemeldet wird, erklärt, er habe auf Grund von Besprechungen mit Chiang Kai-schek beschlossen, mit der Nanjingregierung zusammenzuarbeiten, um in China den Frieden wieder herzustellen.

Brünnings Vorschlag an die Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Nov. In der Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gaben die Fraktionsmitglieder, die mit Reichskanzler Brüning verhandelt hatten, Kenntnis davon, daß Dr. Brüning bereit ist, auf Abänderungsvorschläge zu seinem Finanz- und Sanierungsprogramm einzugehen, wenn durch sie der Sinn und das Ziel der Sanierung nicht gestört wird. Die Sozialdemokraten werden bei den Beratungen der Notverordnung im Haushaltsausschuß beantragen, die Kopfsteuer zu beseitigen. Sollte ihnen das nicht gelingen, dann werden sie darauf Wert legen, eine Staffelung der Kopfsteuer durchzuführen.

Der Deutsche Beamtenbund gegen den Beschluß der Reichsratsausschüsse.

Berlin, 19. Nov. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltskürzung bereits am 1. Februar 1931 eintreten zu lassen, Stellung genommen. Dem Reichsrat wurde folgender einstimmig gefaßter Beschluß unverzüglich weitergeleitet: Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erkrankt und empört über den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die von der Reichsregierung für den 1. April nächsten Jahres geplante Gehaltskürzung bereits am 1. Februar eintreten soll. Die Beamtenschaft hat Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen, sie lehnt jedoch entschieden ab, zum Objekt eines politischen Geschäftes gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Volkskammer des Reichsrates, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt.

Der erste nationalsozialistische Bürgermeister in Hessen.

Gau-Oberhessen, 19. Nov. Bei der Bürgermeisterwahl wurde bei einer 97prozentigen Wahlbeteiligung der Kandidat der Nationalsozialisten, Ritter, mit 571 Stimmen gewählt gegen den gemeinsamen Kandidaten der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums, Landwirt Bedenbach, der 545 Stimmen auf sich vereinigte.

Die Rechtsanwaltsnot in Berlin.

Berlin, 19. Nov. 166 Mitglieder der Anwaltskammer Berlin haben bei dem Kammervorstand die Einberufung einer außerordentlichen Kammerversammlung beantragt. Sie schlagen die Einreichung eines Notgesetzes vor, durch das mit sofortiger Wirkung eine sechsjährige Sperre der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für den Kammerbezirk eingeführt werden soll.

„Land unterm Knüttel“.

Kattowitz, 19. Nov. Die „Kattowitzer Zeitung“ wurde von der Polizeidirektion wegen des Leitartikels „Land unterm Knüttel“ sowie eines weiteren Artikels, der sich mit dem Wahlergebnis in der Woiwodschaft Schlesien befaßte, beschlagnahmt. Die Deutsche Wahlgenossenschaft erklärt an die Wähler in den Wahlkreisen Rybnik, Pleß, Bielitz, Teschen, wo die deutschen Listen für ungültig erklärt wurden, einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß diese Ungültigkeitserklärung angefochten wird. Wenn auch die Möglichkeit genommen sei, Vertrauensleute aus diesem Wahlkreis in den schlesischen Sejm zu entsenden, so werden die deutschen Minderheitsangehörigen trotzdem aufgefordert, auch für die schlesischen Sejmwahlen vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, und zwar für die schlesischen Sejmwahlen die gleichen Nummern abzugeben wie für die am gleichen Tage stattfindenden Senatswahlen, auf keinen Fall für einen Polen zu stimmen.

Bomben in den Häusern von Minderheitsangehörigen.

Kattowitz, 19. Nov. Wie erst jetzt bekannt wird, spielten sich in Kattowitz in der Nacht vor den Wahlen noch Zwischenfälle ab, die den Zweck hatten, die deutschen Minderheiten einzuschüchtern. In verschiedenen Häusern wurden Bomben niedergelegt, die gegen Mitternacht zur Explosion gebracht wurden. Hier von blieb auch die Barock nicht verschont. Durch die Explosion ist ein recht beträchtlicher Schaden angerichtet worden. Der im Kreise Tarnowitz eingetretene außerordentlich starke Stimmeneingang läßt auch dort auf Terror bei den Wahlen schließen.

Er mordung des tschakenters afghanischen Konsuls.

Moskau, 20. Nov. Der aus Persien zurückkehrende afghanische Konsul in Tschakent wurde, 20 Kilometer von der persischen Grenze entfernt, ermordet und ausgeraubt. Der Mörder wurde verhaftet. Die Sowjetregierung hat dem afghanischen Konsul in Moskau ihr Beileid ausgesprochen.

Zwölfpromille Gehaltskürzung in Italien.

Rom, 19. Nov. Der Ministerrat hat mit Rücksicht darauf, daß das Budget für die ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres ein Defizit von 729 Millionen aufweist, eine Verordnung angenommen, durch die die Bezüge jeder Art des gesamten vom Staat oder von öffentlichen Betrieben beschäftigten Personals um 12 Prozent herabgesetzt werden. Die Herabsetzung steigt sich auf 25 Prozent für die Einkommen über 40 000 Lire jährlich und auf 35 Prozent für diejenigen über 60 000 Lire in allen staatlichen Verwaltungen und irgendeine vom Staat abhängigen Betrieben. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Beruhigung in Spanien.

Paris, 20. Nov. Verschiedene Nachrichten aus Spanien lassen darauf schließen, daß gestern Abend eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, ohne daß man deshalb mit einer baldigen Beilegung des sozialen Konfliktes, der politischen Charakter trägt, rechnen könnte. Das spanische Kabinett hat gestern Abend getagt. Nach der Beratung teilte Ministerpräsident Berenguer mit, daß in Barcelona der Straßenbahn- und Autobus-Verkehr wieder aufgenommen worden ist und daß die Cafés und Speisehäuser ihre Betriebe wieder geöffnet hätten. Die Staatsanwaltschaft von Madrid hat die Freilassung von 150 Verhafteten angeordnet, die während des Generalstreiks in Madrid festgenommen worden waren. In Sevilla scheint der gestrige Tag aber ziemlich unruhig verlaufen zu sein. Die Unversität ist geschlossen. Auch in Alicante kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Aufständischen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Vier Personen sind verletzt worden. Genaue Angaben über die Opfer der blutigen Vorgänge, namentlich in Barcelona, liegen noch nicht vor.

Austritt Chiles aus dem Völkerbund?

New York, 20. Nov. Der Korrespondent der „Associated Press“ in Santiago de Chile meldet, er erfahre aus bester Quelle, daß Chile seinen Austritt aus dem Völkerbund erwäge, und zwar wegen angeblicher Zurücksetzung seitens großer europäischer Mächte.

Handelskammern und Wirtschaftsdpression.

Washington, 20. Nov. Die amerikanische Abteilung der Internationalen Handelskammer gibt bekannt, daß auf der am 5. Dezember in Paris beginnenden Konferenz der Handelskammern auch Maßnahmen zur Bekämpfung der allgemeinen wirtschaftlichen Depression erörtert werden sollen.

Bier für Amerika.

Washington, 20. Nov. Senator Vingham kündigt an, er werde im Dezember einen Gesetzentwurf betreffend Zulassung 4proz. Bieres einbringen. In parlamentarischen Kreisen wird die Verabschiedung dieses Entwurfs im gegenwärtigen Kongreß als ganz aussichtslos angesehen.

Die endgültigen Beschlüsse des Reichsrates über das große Finanzprogramm der Reichsregierung und den Reichshaushalt 1931 sollen in einer öffentlichen Sitzung am Donnerstag gefaßt werden. — Das Posthorn soll als Höchstgeschwindigkeit der Deutschen Reichspost zur Kennzeichnung von Postgebäuden, Postfahrzeugen, Geräten und dergleichen nun aus Dienstregeln und -stempeln ganz verschwinden und an seine Stelle überall der Reichsadler treten.

Unter der Bezeichnung Fingerabdruckzentrale ist beim Berliner Polizeipräsidium durch einen Beschluß aller deutschen Länder eine Stelle eingerichtet worden, die die Fingerabdrücke der Kriminalpolizei sammeln und ihren Austausch regeln soll.

Eine Londoner Bankengruppe gewährt dem ungarischen Staat eine große Anleihe, auf die zunächst ein Voranschlag von 2½ Millionen Pfund (70 Millionen Mark) ausbezahlt wird.

Der Präsident der chinesischen Zentralregierung, Tschang Kai-schek hat beantragt, gegen Beamtenbestechungen die Todesstrafe einzuführen.

Aus der Heimat

Donnerstag den 20. November 1930

Ein neues Schulerperiment?

Einführung mit dem 7. Lebensjahr. — Abbau der höheren Schulen und des Abiturs.

In der Presse beginnt man sich allmählich mehr und mehr mit den preussischen Schulplänen zu befassen. Dabei wird meistens von beschlossenen Tatsachen gesprochen. Das trifft nicht zu. Vielmehr bestehen in der Frage des neuen Schuljahres zwischen dem Kultusministerium und dem Handelsministerium noch außerordentlich scharfe Gegensätze. Das Handelsministerium möchte ein neues Schuljahr einführen, in dem die Schüler in der Berufsschule untergebracht werden sollen. Das Kultusministerium hat andere Pläne. Es möchte eine gesetzliche Änderung der gegenwärtigen Schulverhältnisse herbeiführen. Danach soll — für diese Pläne ist vor allem Kultusminister Grönlund selbst sehr stark eingenommen — vom Jahre 1931 ab die Einschulung erst mit dem 7. Lebensjahre vorgenommen werden. Man würde dann im nächsten Jahre die unterste Schulklasse einsparen und eine obere Klasse aufbauen. Bis zum 7. Lebensjahre sollen staatliche Kindergärten an Stelle der Schule eingeführt werden. Des weiteren hat der Kultusminister die Absicht, bei der höheren Schule einen Abbau vorzunehmen, und zwar soll die neunte Klasse abgeschafft werden. Auch das Abitur soll so wird erwogen, aufgehoben werden. Man sucht andere Wege zur Hochschulreife und schlägt vor, es solle vor dem Besuch der Universität und der anderen Hochschulen ein besonderes Examen abgelegt werden.

Der heimische Arbeitsmarkt in der ersten Novemberhälfte.

Auch in der ersten Novemberhälfte hat sich die Lage des Siegerländer Arbeitsmarktes weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit hat sogar in stärkerem Maße als im Oktober zugenommen, da der Beschäftigungsgrad in den Außenberufen sich mehr und mehr abschwächt. Während der zweiten Oktoberhälfte die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden um rund 3 Proz. gestiegen ist, hat sie sich in der ersten Novemberhälfte um rund 7 Proz. erhöht. Auf 1000 Einwohner entfallen nunmehr im gesamten Siegerländer Arbeitsmarkt 50 Arbeitsuchende, eine Ziffer, wie sie im Siegerlande bisher

nicht erreicht worden ist. Dazu kommen eine erhebliche Zahl von Kurzarbeitern und alle die Arbeitslosen, die sich weder beim Arbeitsamt noch beim Wohlfahrtsamt gemeldet haben und daher zahlenmäßig nicht erfasst werden. Die Gesamtzahl der für kürzere oder längere Zeit aus dem Produktionsprozess ausgeschiedenen Arbeitskräfte ist größer, als in den amtlichen Statistiken zum Ausdruck kommt. Es entfallen auf den Kreis Wittgenstein 861 Unterstützte und 1267 Arbeitsuchende.

— **Wie erkennt man fremde Hühner?** Ein salomonisches Urteil hatte ein Feldhüter zu fällen. Hatte sich da eine Bauersfrau beschwert, daß ihre Nachbarin ihr zwei Hühner gestohlen habe. Sie war aber nicht imstande, ihre eignen Hühner unter denen der Nachbarin herauszufinden. Was tat der Feldhüter? Er trieb alle Hühner auf die Straße hinaus und jagte ihnen dann mit einer Autohupe einen panischen Schrecken ein. Das originelle Mittel hatte vollen Erfolg. Die beiden gestohlenen Hühner kehrten schnurstracks in ihren gewohnten Hühnerhof zurück.

Weiterausichten für Freitag: Weiterhin unbeständiges Wetter mit zeitweisen Niederschlägen.

Laasphe:

— **Seinen achtzigsten Geburtstag** begeht morgen der Hegemeister i. R. Nikolaus Schäfer auf der Kunst. Wir gratulieren dem betagten, noch immer rüstigen Forstmann, der über 50 Jahre in fürstlichen Diensten stand und nun seit dem 1. Oktober in den wohlverdienten Ruhestand trat, herzlich und wünschen ihm, daß er nach den zurückgelegten acht noch die fehlenden zwei Jahrzehnte ungetrübt in bester Gesundheit verleben möge.

— **Wohltätigkeitskonzert.** Auf das am Dienstag den 25. November, abends 8 1/4 Uhr von der Halle'schen Stahlhelmpapelle im Saale des Westf. Hofes veranstaltete Wohltätigkeitskonzert sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Von dem ca. 90 Mann starken Sinfonie-Orchester unternimmt eine Abteilung von 30 Mann unter persönlicher Leitung des Dirigenten eine 14tägige Konzertreise ins Oberbergische Land und berührt auf der Hinreise auch unsere Stadt. Die Kapelle ist eine der besten Stahlhelmpapellen. Besondere Beachtung verdienen in dem vorliegenden ausgezeichneten Programm die Fanfarenmärsche der acht Mann starken Fanfaren-Abteilung. Der Besuch des Konzertes kann daher allen Musikfreunden, ganz besonders aber den Anhängern aller Militärmusik wärmstens empfohlen werden. Hervorgehoben sei, daß ein Teil der Einnahmen zur Unterstützung der hiesigen Ortsgruppe des Bundes für Kriegsgräberfürsorge bestimmt ist.

— **Feudingen.** Am Totensonntag findet im Paulushaus ein zweimaliger Gottesdienst statt, weil der Saal für den starken Kirchenbesuch an diesem Tage zu klein ist und zwar um 1/9 und 1/11 Uhr. Der erste Gottesdienst ist in der Hauptsache für Kinder und die Gemeinde Feudingen, der zweite für die Erwachlenen der andern Gemeinden gedacht. Im Anschluß an den 2. Gottesdienst findet eine Abendmahlsfeier statt.

— **Feudingen.** Am Sonnabend fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, in der folgendes verhandelt wurde: 1. Beratung über Auseinandersetzungsverhandlungen zwischen der Pfarrei, Verwaltung und der Gemeinde Feudingen zwecks Ausgemeindung einzelner Parzellen in den Gutsbezirk und Übernahme einzelner Parzellen aus dem Gutsbezirk in den Gemeindebezirk. Das Ergebnis dieser Beratung soll dem Amt Erndtebrück mitgeteilt werden. 2. Ein Unterstützungsantrag auf Gewährung von Winterbrand wurde abgelehnt. 3. Die Ablehnung der Wohlfahrtsverbandslosumterstützung wurde in einem Falle rückgängig gemacht. 4. Nicht Einsprüche gegen die Entziehung der Wohlfahrtsverbandslosumterstützung wurden nicht berücksichtigt. 5. Zwei Anträge auf Steuerfremdung fanden Berücksichtigung. 6. Ein Einspruch gegen Entziehung einer laufenden Unterstützung aus Hilfsmitteln wurde abgelehnt. 7. Zwei Anträge auf Gewährung der Wohlfahrtsverbandslosumterstützung wurden genehmigt. 8. Vier seitherigen Unterstützungsempfänger wurde die Unterstützung entzogen bzw. gestrichen.

Erndtebrück:

Preisabbau heißt die Parole und ganze Seiten in den Tageszeitungen sind gefüllt von diesem Thema. Die Ansichten über den voraussichtlichen Erfolg der Aktion gehen noch weit auseinander. Die einen erblicken darin gewissermaßen die Rettung des Vaterlandes, während die andern die ganzen Maßnahmen als verfehlt und dummbegreifend ansehen. Wir machen uns wieder das eine noch das andere Urteil zu eigen; wir erblicken in den Abbaubestrebungen lediglich einen begriffswidrigen Schritt zur Angleichung der Preise an die Kaufkraft des Publikums und somit zur Besserung der Lebenshaltung der großen Masse. Die ganze Sache hat aber einen mächtigen Haken, an dem sie über kurz oder lang hängen bleiben wird. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die Verdienstspanne bei gewissen lebenswichtigen Artikeln zu groß und eine Preisreduktion hierbei tragbar ist. Wahlos aber auf der ganzen Front gewissermaßen eine Ermäßigung erzwingen wollen, ist ein aussichtsloses Beginnen, das nur vorübergehende Hoffnungen im Volk erweckt und die Aufmerksamkeit von wichtigeren Problemen ablenkt. — Jeder Produzent und Händler kalkuliert seine Verkaufspreise nach den Herstellungskosten. Ein gesunder und merkbare Preisabbau ist daher nur möglich, wenn eine Verminderung der Herstellungskosten vorausgegangen ist. Wer die Dinge objektiv beurteilt, muß zugeben, daß diese Voraussetzung für den begonnenen Preisabbau nicht erfüllt ist. Nun soll es dem Mittelstand schon lange recht schlecht gehen und seine Hebung war zur Zeit der Wahl ein viel beachtetes Ziel. Mit welcher Begründung man ihm bei unerminderten Lasten neue Opfer auferlegen zu können glaubt, ist nicht recht ersichtlich. Ansehend treten die schwierigen Verhältnisse immer nur zur Wahrschuld in Erscheinung. Auch der Bauer ist in Not und auch ihm soll und muß geholfen werden. Es verlohnt sich, die Hilfe, die ihm durch den Preisabbau zuteil wird, einmal etwas näher zu beleuchten. Man munkelt, daß die Metzger

die Fleischpreise um 10 Pfg. pro Pfund ermäßigen. Für den Konsumenten bedeutet dies mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein, aber die Metzger müßten bisher unverantwortlich hohe Preise gefordert haben, wenn sie bei unermindertem Stand der Viehpreise und der Geschäftsumkosten, diese Preisermäßigung dauernd auf eigene Rechnung übernehmen könnten. Wir glauben nicht recht daran, vermuten vielmehr, daß sie den Mindererlös durch entsprechend billigen Vieheinkauf wettzumachen suchen. Der Bauer wird für das Stück Großvieh schon ganz bald 30 bis 40 Mark weniger erhalten. Das ist die Segnung des Preisabbaues auf der Basis, auf der er heute versucht wird. Ungeachtet der Notlage, ist es der Bauer allein, der den Preisabbau für das Fleisch zu tragen haben wird. Die Ausflüchte auf eine Minderung seiner Lasten sind bei diesem System recht trübe. — Eine gesunde Preispolitik muß mehr sein als ein Beruhigungspulver. Eine Preisfrenkung ist nur denkbar, wenn ihr eine entsprechende Ermäßigung in steuerlicher und sozialer Hinsicht vorausgegangen ist. So lange hier der Hebel nicht angelegt wird und statt dessen neue Steuern beraten werden und mit der unerhörten Ausgabenwirtschaft nicht Schluß gemacht wird, bleibt eine Preisfrenkungsaktion ein Versuch, dem ein durchschlagender Erfolg nicht beschieden sein kann. Wer sich mehr davon verspricht, den wird die Entwicklung der Dinge bald eines Besseren belehren.

— **Wallau.** Ehrung eines Handwerkers. Anlässlich seines 40jährigen Geschäftsjubiläums wurde Wäldermeister Friedrich Weber von der Handwerkskammer durch die Lieberreichung der silbernen Plakette sowie des Altmeisterbriefes geehrt.

— **Breidenbach.** Abschied von Lehrer Lüder. Lehrer Lüder, der bislang an der hiesigen Schule tätig war, ist mit Wirkung vom 17. ds. Mts. an die Mittelschule zu Kirchhain (Bez. Kassel) berufen. Die Gemeinde verliert mit dem Scheiden einen tüchtigen Erzieher, dessen Verlust sie tief bedauert. Besonders hart trifft die Veretzung von Lehrer Lüder den M.G.V. Breidenbach, dessen bewährter Dirigent er längere Zeit war. Seinem Chorleiter hat der Verein die lange Reihe der Erfolge zu verdanken, die zu erlangen ihm in diesem Jahre vergönnt war. Es sei nur an das hervorragende Abschieden des Vereins bei dem letzten Gruppenkonzert in Dillenburg erinnert.

Turnen • Spiel • Sport.

D.S. - Handball.

Laut Beschluß der Gau-Handballauschusses vom 19. 11. 30 wird das Spiel vom 19. 10. Erndtebrück — Flammersbach für ungültig erklärt und neu angesetzt. Damit erfährt die Tabelle vom 16. 11. eine Veränderung, indem Erndtebrück nun mit 6 Punkten an 1. Stelle steht, während Flammersbach und Geisweid mit je 5 Punkten an 2. bzw. 3. Stelle stehen. S. P.

Turnen.

Leipzig siegt im Kunstturnen mit 2416 Punkten vor Hamburg (2357) und Berlin (2352 Punkte).

Fußball.

Tennis Borussia Berlin — Holstein Kiel 3:2 (2:1). Städtepiel Hamburg — Berlin 1:1 (1:0).

Vermischtes

— **Hilchenbach.** Die Bürgersteuer ist hier eingeführt worden. Man mag zur Steuer als solcher stehen, wie man will, eins muß erkannt werden, daß nämlich im nächsten Jahre nicht der ganze zu erwartende Ausfall an Gewerbesteuer durch Erhöhung der Grundvermögensteuer wettgemacht werden soll. Vielmehr soll der Ertrag der Bürgersteuer lediglich dazu dienen, eine Erhöhung der Grundvermögensteuer im nächsten Jahre in möglichen Grenzen zu halten. Da gerade die breitesten Schichten von der Grundvermögensteuer, gegebenenfalls durch Erhöhung der Mieten betroffen werden, liegt die vorzügliche Erhebung der Bürgersteuer im Interesse der Allgemeinheit. Wie man hört, soll die Erhebung der an sich unsozialen Steuer so schonend wie möglich erfolgen. So sollen z. B. alle Personen, die an einem Jahrlage arbeitslos sind, von der betreffenden Steuer rate freigestellt werden. Auch den Invalidentenempfängern, ärmeren Hausvätern u. a. soll möglichst entgegengekommen werden.

— **Cölbe.** Dieser Tage wurden hier ein trüchtiges Schwein mit 12 ausgewachsenen Ferkeln und zwei junge Gänse von Autos überfahren.

— **Marburg.** 3632 Studierende im Wintersemester. Die Immatrikulationen zum Marburger Wintersemester gingen jetzt zu Ende. Insgesamt haben sich 3632 Studierende einschreiben lassen (2870 Männer und 762 Frauen). Damit ist die bisher höchste Studierendenzahl zu einem Wintersemester wieder um einige hundert überboten.

— **Münchhausen (Kr. Marburg).** Das Opfer eines Taschendiebes. Ein schwerer Verlust betraf einen Landwirt von hier auf dem Martinimarkt in Herborn. Der Mann, der in der Nacht, einen Viehlauf zu tätigen, nach dort gekommen war, mußte im Laufe des Vormittags zu seinem größten Entsetzen die Feststellung machen, daß ihm seine Geldbörse mit 460 Mark Inhalt fehlte. Da das Geld in der äußeren Tasche seines Rockes aufbewahrt wurde, dürfte er das Opfer eines gewöhnlichen Taschendiebes geworden sein.

— **Gießen.** Jungdeutsche Kundgebung. Im Anschluß an eine Führertagung des Jungdeutschen Ordens, die am Sonntag in Gießen stattgefunden hat und zu der etwa 600 Ordensbrüder und -schwestern erschienen waren, fand nachmittags in der Turnhalle in Gießen eine Kundgebung des Jungdeutschen Ordens und der Volkshausvereine statt. In ihr sprach der Hochmeister des Ordens, der auch zugleich der Reichsführer der D. R. ist. Er schilderte zunächst den Weg, den der jungdeutsche Orden seit 1918 gegangen ist. Aus einer Selbstschutzzorganisation geworden, ist der Orden der Wegbereiter einer Staatsbürgerbewegung geworden. Während man in Deutschland dem Proletariat den Abwehrkampf des Bürgerrechts entgegengesetzt, entschloß sich der Orden zur Sammlung der Staatsbürger ohne Rücksicht auf Stand und Beruf oder Konfession. Volk und Staat sollen eins sein. Ein Volk, das seinen Staat nicht liebt, kann niemals einen Freiheitskampf gewinnen. Es gilt, diesen Staat zu schaffen. Um dieses Staatswillen lehnt Maßraum jeden Putz und jede Entfaltung der Leiden-

schaften ab. Die Wurzel des Jungdeutstums liegt in der Frontkameradschaft, die für die Jungdeutschen das Kennzeichen des Anfanges des 20. Jahrhunderts bedeutet. Sie wollen die tiefen Wesensterne der Frontkameradschaft auf eine neue politische Bewegung übertragen. Bei dieser Auffassung des Staates ist seine Verteidigung eine Selbstverständlichkeit. Der jungdeutsche Volksstaat, aufgebaut auf der organischen Gliederung der Nation, ist das Endziel. Heute kann nur ein Staat noch leben, der von der inbrünstigen Liebe der Jugend getragen wird. Aus diesen Gesichtspunkten heraus ist die volkshausliche Reichsbewegung geschaffen worden. Sie ist sich klar darüber, daß das dem Volkshausismus verfallene Deutschland endgültig tot ist. Sie will deshalb nicht die deutsche Republik stützen, sondern sie zum wahren Volksstaat fortentwickeln. In diesem Volksstaat soll jeder Deutsche seinen Staat sehen.

— **Gießen.** Ruchviehprojek. Ober-Veterinär Dr. Monard gab in einer Versammlung einen eingehenden Bericht über die projektierte Viehhofanlage. Er betonte den großen Wert Gießens als Viehhofschlagplatz für Süd- und Norddeutschland, das nach Lübeck und Friedrichsfelde-Berlin mit 29 019 Stück Auftrieb an 26 Marktagen gegenüber 50 Marktagen der anderen Plätze zahlenmäßig an dritter Stelle im Reich steht, und der Wert einer Viehhofanlage, wie sie jetzt errichtet werden soll, nachdem auch die finanzielle Seite einer günstigen Lösung entgegensteht. In einer regen Aussprache umstritt der Vorsitzende des Viehhofhandelsvereins, Senberg-Reichsheim, die Dringlichkeit der Errichtung, da Gießen ein Viehmarkt für jede Gattung sei und an Zuzug erheblich gewinnen werde. Kaufmann Horn beleuchtete die finanzielle Seite des 2 bis 2,4 Millionen betragenden Projektes, für dessen Ausführung die Stadtverwaltung sich stets eingesetzt hatte und dessen Finanzierung jetzt gesichert scheint, so daß im Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden soll.

— **Kassel.** Eine Petroleumquelle bei Kassel? In der letzten Woche ist in Nieste bei dem Bau einer Garage eine Petroleumquelle angebohrt worden. Bei den Ausschachtungsarbeiten stieß man auf Tonboden. Gleichzeitig quollen Blasen auf und eine dunstige bläuliche Masse siederte durch. Am anderen Morgen konnten aus dem Loch vier Eimer dieser Masse herausgeschöpft werden. Ob es sich um eine ausgiebige Petroleumquelle handelt, muß die weitere Untersuchung ergeben.

Frankfurt a. M., 20. Nov. Zwischen Neckenheim und der Niederwaldbolonie geriet ein aus 1500 Zentner Stroh bestehender Dienen in Brand. Er brannte vollständig nieder. In dem Dienen hatte ein Landwirtschafthilfsgehilfe genächtigt, der zwar gerettet werden konnte, aber schwere Brandwunden erlitt.

Schwerer Grubenbrand in Schlefien.

Kattowitz, 19. Nov. Auf der Saturn-Grube bei Sosnowice entstand gestern nachmittags eine Kohlengasexplosion, die einen Brand verursachte, der sich schnell über drei Felder verbreitete und die gesamte Belegschaft stark gefährdete. Dieser gelang es bis auf zwei Mann, sich rechtzeitig zu retten. Acht Grubenfeuerwehren wurden aufgerufen, um das Feuer zu bekämpfen. Nach viertägiger Arbeit gelang es, den Brandherd einzubändigen. Die zwei zurückgebliebenen Bergleute konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Außerdem verbrannten noch 23 Pferde.

Zwanzig Scheunen und Ställe eingestürzt.

Treptow a. d. Rega, 20. Nov. In einer Scheune in der Kollberger Vorstadt brach ein Feuer aus, das infolge des Sturmes rasch um sich griff. Ueber zwanzig Scheunen und Ställe von sechzehn Besitzern wurden in Asche gelegt, mehrere Wohnhäuser stark beschädigt. Der entstandene Schaden ist, wenn auch das Vieh zum größten Teil gerettet werden konnte, sehr groß, da sämtliche Entbörre verbrannten. Als Entzündungsursache wird verbrecherische Brandstiftung vermutet.

Explosion während der Abwradungsarbeiten in Scapa Flow. London, 20. Nov. Auf dem ehemaligen deutschen Schlachtschiff „von der Tann“ in Scapa Flow explodierte ein Sauerstoffgebläse während der Arbeit. Durch die Explosion wurden vier Arbeiter leicht verletzt.

Der Leser hat das Wort!

Bedruckschreibungen unter dieser Rubrik sind unabhängig vom Standpunkt der Schriftleitung. Diese kann für den Inhalt keinerlei Verantwortung übernehmen.

Feudingen, 19. Nov. In der Nr. 270 der Wittgensteiner Zeitung befindet sich ein Eingangsbericht über eine Beschlußfassung der Gemeinde-Vertretung. Es wird behauptet, der betreffende Unterstützungsempfänger hätte bisher nur Büroarbeiten verrichtet. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen; daß derselbe nach der Schulentlassung fünf Jahre lang in Berufsausbildung gewesen ist und dann bei der Firma C. C. Bang in Friedrichshütte als Fabrikarbeiter in Arbeit trat, und welche Arbeiten derselbe später noch all verrichtet hat, soll hier nicht aufgezählt werden. Bemerken möchte ich aber, daß ehrliche Arbeit keine Schande ist. Wenn der Herr Einfander der Gemeinde-Vertretung empfiehlt, sich die Verordnung über Pflichtarbeit anzuschaffen, so empfehle ich dem betreffenden Herrn, sich die traurige Geschichte vom „Hänschen“ besonders von da ab: Hänschen ist nun Hans geworden (Im Lesebuch für die evangelischen Schulen Westfalens II. Teil) aufmerksam durchzulesen. —r.

Billig! Achtung! Billig!

Morgen Freitag

Birnen	4	Pfund	1	Mark
Tafelbirnen	3	"	1	"
Äpfel	3	"	1	"
Rothkraut	10	"	60	Pfg.
Weißkraut	10	"	50	"
Wirsing, grüner	10	"	1	Mark
rote Karotten	10	"	60	Pfg.
gelbe Kohlraben	10	"	60	"
trüchene Zwiebeln	10	"	50	"
Meerrettich, große St.,	nur	40	"	"

prima Schwarzwurzeln, Blumenkohl, Rosenkohl, Grünkohl, Spinat, Feldsalat, Endivienalat, prima Tafeläpfel, alles billiger Tagespreis.

Christian Alinkert, Laasphe
Bohnhoftstraße Fernruf 79

Ein Licht im Dunkel

ist die in diesen Tagen zur

Verteilung

kommende Rückvergütung an unsere Mitglieder in Höhe von über

100 000 Reichsmark.

Dieser große Erfolg hat die Daseinsberechtigung der Konsumvereine voll erwiesen.

Wer die wirtschaftlichen großen Vorteile einer Selbsthilfe-Organisation noch nicht kennt, der werde Mitglied unserer Genossenschaft.

Beitrittserklärungen werden in unseren 42 Abgabestellen ausgegeben. Eintrittsgeld 1.— RM.

Konsumverein für Siegerland und Umgegend

e. G. m. b. H.

Eiserfeld/Sieg.

Handarbeiten

Mein Schaufenster zeigt Ihnen

die neuesten Handarbeiten:

Tischdecken, Mitteldecken,
kleine Deckchen, Kissen,
Küchengeräte usw.

ebenso

den neuen Handweberahmen

mit angefangenen und fertigen
Arbeiten.

Erlernung des Webens kostenlos.

Ludwig Dresler, Laasphe

Autofahrten

Omnibusfahrten

Fernruf 100.

Glückssucher / Roman von

Erika Kieberg

3] Nachdruck verboten.

Nach, kaum einer Viertelstunde fuhren sie zu dritt in die Nacht hinein.

Es war allerdings die höchste Zeit. Sie trafen das Kind in schwerer Atemnot, blau im Gesicht und ohne Bewußtsein. Die Mutter tauchte wie ein gehetztes Tier in einer Ecke. Sie drückte das röchelnde Kind zum Gesicht an sich, starrte in halben Wahnsinn und murmelte unaufhörlich: „Mein Kind stirbt, ich habe gestohlen, und es hat nichts genützt. Es stirbt doch. Ins Wasser, ich und das Kind. Dann sind wir aus der Welt... Oder aufhängen, ja, die werden aufgehängt, aufgehängt alle beide.“

Doktor Walther nahm ihr das Kind aus den Armen. Sie freischte laut auf... wie eine wilde Rabe sprang sie auf ihn zu. Er wehrte sie mit einer ruhigen Bestimmtheit ab.

„Frau Ceres, Sie werden jetzt sehr vernünftig sein. Sie verlassen das Zimmer und kommen nicht herein, bevor Sie gerufen werden, Frau Inspektor, ich mache Sie dafür verantwortlich. Führen Sie die Frau hinaus, später bekommt sie ein Beruhigungsmittel. Und dann,“ er blickte um sich, „müßte ich außer meiner Frau noch eine verständige Hilfe haben.“

Wera trat rasch auf ihn zu. „Ja, Herr Doktor, ich kann helfen.“

Er sah sie an. Ihr schönes Gesicht war ernst gesagt, er nickte. „Dann also los.“

Seine Frau hatte indessen Instrumente, Verbandzeug und Leinentücher zurechtgelegt.

Schweigend gingen sie aus dem Werk.

Der Morgen dämmerte, da lag das Kind freiliegend in einem sauberen Bettchen. Neben ihm saß die Krankenpflegerin aus dem Dorf.

Draußen im Inspektorenhaus schlief die Mutter einen tiefen Morphiumpfahl. Bescheiden und geschickt half Wera alle Sachen zusammenpacken. Doktor Walther gab ihr zum Abschied die Hand.

„Sie haben Ihre Sache gut gemacht, Fräulein Benzbach.“

„Das freut mich, Herr Doktor, daß Sie mich loben.“

Sie küßte Frau Elise die Hand. „Ich verehere Sie ja so sehr, gnädige Frau.“

„Ach, Sie kleine Uebersehewengliche, Sie kennen mich ja kaum.“

„Doch, ich habe Sie oft gesehen und immer bewundert, daß Sie die kleine Mira gerettet haben, ich bin so glücklich darüber.“

Am Dienstag den 25. November 1930, abends 8 1/2 Uhr findet im Saale des Westfälischen Hofes, Laasphe, zur

Unterstützung der Kriegsgräberfürsorge ein

Wohltätigkeits-Konzert

der 30 Mann starken Stahlhelmkapelle Halle, des Landesverbandes Mitteldeutschland, unter Leitung des ehem. kgl. bayr. Musikmeisters R. Seifert statt.

Eintrittskarten im Vorverkauf (C. Kämmerer, H. Jung, Aug. Imgardt) RM. —.90, Abendkasse RM. 1.—

Wer nicht inferiert,

bewirkt, daß sein Geschäft langsam den Krebsgang geht.

„Das hat mein Mann getan, soweit menschliche Hilfe es vermag.“

Hell fingen die Verheerungen über die weiten Felder, da kam das Doktor-Gepaar wieder in Friedemannshütte an. Noch eine kurze Stunde, dann schritt sie am Wartezimmer ununterbrochen die Klingel, der Arbeitsstag des vielgeachteten, immer hilfsbereiten Arztes hatte begonnen.

Es war doch alles ruckbar geworden. Treiste Blicke, neugierige Fragen, Meid, Verleumdung, kurz die ganze Nacht öffentlicher Meinung war am Werke, die Inspektorenfamilie zu peinigen.

Benzbach mußte einsehen: Marjas Weiben war nicht möglich in seinem Hause. Es war ein nutzloses Gefährden seiner eigenen und auch ihres Bruders Stellung. Es mußte ein anderes Unterkommen für sie gefunden werden mit dem Kinde. So fuhr er denn eines Tages nach Friedemannshütte zum Doktor Walther. Sein Vertrauen zu dem so viel jüngeren Mannes kluger Einsicht, zu dessen sowie zu seiner Frau stets bereiteten Hilfe war so groß, daß er ohne Bedenken seine Sorge zu ihm trug. Er hatte Glück. Obwohl die Sprechstunde zu Ende war, fand er den Doktor zu Hause. Sie saßen in ihrem hübschen Wohnzimmer um einen geschmackvoll gedeckten Teetisch. Am oberen Ende, in einem Sessel, ein strahlendes schönes Kind, das mit wahren Sternengängen dem Fremden entgegenlachte.

Der Anblick war so elegant und traulich, daß Benzbach unwillkürlich in der Tür stehen blieb. Doktor Walther lachte.

„Ja, Herr Inspektor, Sie finden es für den Hausgebrauch wohl ein bißchen festlicher bei uns, aber die kurze Zeit, die ich zu Hause bin, will ich auch nett haben.“

Er rückte ihm einen Stuhl an den Tisch.

„Setzen Sie sich, essen Sie ein paar Happen, und laden Sie Ihre Sorgen ab, daß Sie weiche haben, sehe ich Ihnen an.“

Sie plauderten bei einer Tasse Tee. Frau Elise brachte ihr Töchterchen zu Bett. Dann gingen sie hinüber in das Herrenzimmer.

„Also,“ sagte der Doktor, „schließen Sie los, Herr Inspektor, es handelt sich natürlich um Ihre Nichte.“

„Ja, Herr Doktor, und ich sage Ihnen ganz offen, ich weiß mir tatsächlich nicht zu helfen. In Freude kann sie nicht bleiben... Aber wohin? Von dem Kinde wird sie sich nicht trennen.“

„Nein,“ sagte Elise Walther sanft. „Das darf man der Mutter nicht zumuten. Sie hat ihm zu viel, ja alles geopfert. Das Kind muß bei ihr bleiben, als ihr bester, ihr einziger Halt.“

„Aber wohin mit beiden?“ sagte Benzbach ratlos.

„Ach, kann sie beim besten Willen nicht länger behalten.“

Bleiche im Hause

Machen Sie sich unabhängig vom Regenwetter, unabhängig von jeder Rasenbleiche. Verwenden Sie zum Bleichen

Seifix

Durch Seifix erhalten Sie eine blendend weiße, unverdorbene Wäsche. Dazu beseitigt Seifix bestimmt alle Obst-, Wein-, Kaffee-, Kakao- und sonstige Flecken usw. Seifix wäscht und bleicht — unerreicht.



Seifix wird hergestellt in den Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver G. m. b. H., Düsseldorf.

Bauschule
Kasseler i. Obb.
von G. Rhode, zwei
Semester Progr. frei.

**Tapeten
Linoleum
Lacke
Farben
Karbolineum**
erhalten Sie am besten, nach Angabe der Verwendungsart, beim Fachmann gestellt.

**K. Kämmerer
Laasphe.**

Unreines Gesicht

Pfaff, Mitterer werden in wenigen Tagen durch d. Reinverschönerungsmittel **Wenus** (Stärke A), Preis Mk. 2.75, unter Garantie beseitigt. Gegen **Sommerbröcken** (Stärke B), Preis 2.75.

**Wittig, Drogerie
Dr. Dink, Laasphe.**

Kriegerverein Laasphe
Sonabend den 22. November, abends 8 1/2 Uhr

Vorstands-Sitzung

bei Kamerad Rohlfert. Vollständiges Erscheinen ist sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Am billigsten kaufen Sie Ihre

Forstpflanzen

Allee-, Bier- und Obstbäume sowie Beerenbushäuser u. s. w., bei

Ph. Dienst, Baumschulen
Diebenschauhausen b. Berleburg
Telef. Amt Girkhausen Nr. 26
— Preisliste auf Wunsch —